



Christian Presch
Gerard Brunsperger
c/o Kurze Straße 15
D-33613 Bielefeld
Mobil 0170-9964228
info@biss.buerger-initiative.org
<https://biss.buerger-initiative.org>

Bielefeld, 14.12.2023

An die im Rat der vertretenen politischen Parteien und Bürgergruppen

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Anlage übersenden wir Ihnen die Erklärung der BISS vom 30.11.23 zur Anmeldung der Abfindungsansprüche aus dem Garnisonsvertrag.

Diese klammheimlich, selbstherrlich und demokratisch fragwürdig herbeigeführte Schaffung von Fakten wird, wenn sie nicht umgehend zurückgenommen wird, erhebliche Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung der Gelände und die Finanzsituation der Stadt Bielefeld haben.

Neben dem Verzicht auf die nach dem Grundgesetz vorgesehene, kostenlose Rückgabe der Gelände und dem Verzicht auf Ansprüche für Aufwendungen der Stadt sind es insbesondere die lächerlichen Forderungen pro Quadratmeter Bodenfläche, die erhebliche Fragen aufwerfen. In den bisherigen Rechtsstreitigkeiten (Ravensberger Str. und Osningstr.) wurde immer der Bodenrichtwert zum Zeitpunkt der Aufgabe der militärischen Nutzung zugrunde gelegt. Von diesem Verfahren ist die Verwaltung jetzt, aus welchen Gründen auch immer, abgewichen.

So fordert die Stadt für Rochdale ca. 180 €/m² (15,8 Mio. € / 8,75 ha) wo die Bodenrichtwertkarte (boris.nrw.de) für 2020 (Beendigung der militärischen Nutzung) einen Wert von 320,- €/m² (heute 400 €) ausweist. Danach müsste ein Wert von **28 Mio. €** zugrunde gelegt werden, was eine Differenz von **12,5 Mio. €** aus macht.

Bei Catterick ist die Wertermittlung noch nebulöser. Die Bodenrichtwertkarte aktuell weist hier einen Wert von 80 €/m² aus, weil die Fläche als Sondernutzungsfläche ausgewiesen ist. Für 2020 ist hier überhaupt kein Wert angegeben. Unmittelbar angrenzende Grundstücke hatten 2020 Werte zwischen 280 und 300 €/m² (2023 350-360 €/m³)

Gefordert hat die Stadt aber für Catterick ca. 90 €/m² (26,3 Mio. €/29,2 ha). Legt man den Mittelwert von 290 €/m² für die angrenzenden Grundstücke zugrunde bedeutet das einen Wert von **84,68 Mio €** bzw. einen Verzicht auf **58,38 Mio. €**

Insgesamt beliefe sich der Verzicht somit auf ca. **70,88 Mio. €**.

Angesichts der Tatsache, dass die Gelände 1919 und 1929 mit Geldern der Stadt Bielefeld für die Entwicklung der Gemeinde gekauft wurden und nur durch den Bruch geltender Rechte in das Eigentum des Nazi-Regimes und des Bundes gekommen sind, ist dies nicht hinnehmbar.

Die BISS hat unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz Einblick in den Auftrag an die Anwaltskanzlei, das Wertgutachten und die Entscheidungsprozesse im Verwaltungsrat der Stadt gefordert. Bisher ist noch nicht einmal bei allen Anfragen der Eingang bestätigt worden.

Jetzt sind die politischen Gremien der Stadt aufgefordert, diesen Ausverkauf der Interessen der Stadt zu hinterfragen, **öffentlich** zu diskutieren und umgehend rückgängig zu machen.

Leider haben alle von uns in den letzten Jahren zu diesem Thema wiederholt angeschriebenen und angesprochenen politischen Gremien auf unsere Fragen und Gesprächsangebote und die des Koordinierungskreises Runder Tisch Konversion bisher nicht reagiert.

Wir wiederholen unser Angebot und laden Sie herzlich zum Gespräch ein.

Für Rückfragen und Terminabsprachen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Presch

Für den Koordinierungskreis der BISS